

„Empörung alleine hilft den Armen nicht“

Der Sozialexperte Prof. Georg Cremer warnt vor einem Schlechreden des Sozialstaates – Trotzdem gibt es für die Gesellschaft noch viel zu tun

Von Ingrid Thoms-Hoffmann

Heidelberg. In das große Lamento vom untergehenden Sozialstaat will Prof. Georg Cremer nicht einstimmen. Er sieht auch nicht, dass es der nachfolgenden Generation schlechter gehen wird als ihren Eltern. Dass es aber Armut in Deutschland gibt, das bezweifelt er nicht, setzt dem „unseriösen Alarmismus“ jedoch die „Bereitschaft zum Detail“ entgegen und arbeitet sich an den Zahlen ab, damit zwischen „seriöser Analyse und scheinwissenschaftlich verpacktem Unfug“ unterschieden werden kann. In Heidelberg sprachen wir mit dem Volkswirt am Rande einer Veranstaltung der Wohlfahrtsverbände zum Thema „Wie sozial ist Heidelberg?“

> Herr Prof. Cremer, wenn wieder einmal Ursachenforschung betrieben wird, warum die AfD sich in der Gesellschaft so erfolgreich etablieren konnte, dann werden immer wieder die „Abgehängten“ angeführt, die zu den Unterstützern gehören. Sprich, es geht um die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen. Sehen Sie das auch so?

Es sind keineswegs nur die sogenannten „Abgehängten“, die die AfD wählen. Schauen wir doch zu unseren Nachbarn. Rechtspopulisten feierten in Österreich weit früher als in Deutschland große Erfolge – trotz einer wirtschaftlichen und sozialen Lage, die am ehesten mit Bayern und Baden-Württemberg vergleichbar ist. Das gleiche gilt für die skandinavischen Staaten trotz geringerer Einkommensungleichheit.

> Aber immerhin erreicht die AfD überdurchschnittlich viele Menschen mit unterdurchschnittlichem Verdienst.

Ja, auch unter ihnen wählen viele AfD. Aber die gängigen sozialwissenschaftlichen Datensätze zeigen, dass das durchschnittliche Einkommen der AfD-Anhänger nur sehr geringfügig unter dem Durchschnitt liegt. Etwa die Hälfte der AfD-Anhänger bezeichnet ihre materielle Situation als gut. Gleichzeitig meinen viele, weniger zu erhalten als ihnen zustünde. Man kann sich auch in der etablierten Mitte zurückgesetzt fühlen.

> In Ihrem Buch „Armut in Deutschland“, warnen Sie vor einer „hysterischen“ Armuts-Debatte, weil diese Populisten in die Hände spiele. Sehen Sie sich bestätigt?

Ich habe vor folgenloser Empörung gewarnt. Es gibt einen Niedergangsdiskurs in Deutschland, in dem nicht mehr anerkannt wird, was die Politik und der Sozialstaat leisten. Dies spielt Kräften in die Hände, die mit der Verleumdung zu punkten suchen, „die Politik“ würde sich um die Belange der Bürger nicht kümmern. Die bloße Armutsdebatte nützt den Armen nichts.

> Wie müsste die Debatte geführt werden, damit sie den Armen nützt?

Wir müssen Faktentreue und Empathie für die Armen zusammenbringen. Wie schräg die Debatte werden kann, zeigt die



Das ist Armut: Ein Mann schläft auf einer Bank in einem Park. Aber nicht nur Wohnungslose haben zu wenig Anteil am Wohlstand; auch sehr viele Alleinerziehende trifft es. Foto: dpa

Grundsicherung im Alter. Rot-Grün hat sie 2003 eingeführt. Vorher hat das Sozialamt, wenn es arme alte Menschen unterstützte, Regress bei den Kindern genommen. Viele arme Alte hatten deswegen auf Hilfe verzichtet. Nach der Reform beantragten sie Hilfe, die Empfängerzahlen gingen hoch. Das aber wird wieder als Ausdruck zunehmender sozialer Kälte fehlinterpretiert. Der Sozialstaat ist verwundbar gegenüber unfairer Polemik.

> Ein Armutsrisiko besitzt bereits, wer mit weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens auskommt. Das sind etwa um die 1000 Euro im Monat. Fast acht Millionen Menschen sind in Deutschland davon betroffen. Was kann die Gesellschaft da tun, um zu helfen?

Wenn wir in Deutschland über Armut sprechen, meinen wir relative Einkommensarmut. Auch viele Studierende und Auszubildende haben weniger als 1000 Euro im Monat. Die sind aber nicht unsere Risikogruppen. Wer dauerhaft von Beträgen unter der Armutsrisikoschwelle leben muss, ist von vielem ausgeschlossen, was unser Leben prägt, Langzeitarbeitslose etwa oder Menschen in der Altersarmut. Zentral ist die Arbeitsmarktpolitik, sie war seit 2005 sehr erfolgreich, aber sie erreicht nur sehr ungenügend den verhärteten Kern der Langzeitarbeitslosigkeit. Auch mehr Tarifbindung im Dienstleistungsbereich würde helfen.

> Um welche Gruppen muss sich dabei der Staat besonders kümmern?

Langzeitarbeitslose und Menschen in der Altersarmut habe ich bereits genannt. Ein stark erhöhtes Armutsrisiko haben auch Alleinerziehende, solange ihre Kinder

klein sind und sie nicht voll arbeiten können. Und stark betroffen sind Familien mit drei und mehr Kindern. Hier verzichtet häufig ein Elternteil längere Zeit auf das zweite Einkommen.

> Der CDU-Gesundheitsminister Jens Spahn wurde heftig für seine Äußerung attackiert, dass Hartz IV „nicht Armut“, sondern die Antwort der Solidargemeinschaft auf Armut bedeute. Auch Sie verteidigen Hartz IV, wollen aber die Grundsicherung für einen Alleinstehenden um 60-80 Euro erhöhen.

Natürlich ist die Grundsicherung für Arbeitsuchende ein Teil der Antwort des Sozialstaats auf Armutslagen. Aber Jens Spahn hat es sich zu einfach gemacht. Der Hartz IV-Satz ist mit 416 Euro – plus Wohnkosten – sehr knapp bemessen. Um ihn zu berechnen, schaut man sich an, wie viel Geld Haushalte ausgeben, deren Einkommen gerade so hoch ist, dass sie ohne Grundsicherung auskommen. Von dieser Summe werden Ausgaben für Güter abgezogen, die als nicht notwendig für das Existenzminimum erachtet werden, darunter auch Tabak und Alkohol. Hinzu kommt: Die Kosten für Strom sind nicht auskömmlich berechnet – und in der Ver-

gleichsgruppe sind Menschen enthalten, die eigentlich Sozialleistungen beantragen könnten, das aber nicht tun. Das zieht den Regelsatz nach unten.

> Die Mieten in den Ballungszentren sind selbst für Gutverdiener kaum noch bezahlbar. Das Armutsrisiko hat sich in den letzten Jahren bei den Haushalten, die zur Miete wohnen, fast verdoppelt – und das ist gut die Hälfte der Bevölkerung. Müsste da die Politik nicht wesentlich stärker regulierend eingreifen? Wohnungspolitik ist somit ein zentrales Politikfeld für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dazu gehört das öffentliche Engagement für den Wohnungsbau. Aber das ist es nicht allein. Teil des Problems ist ein Abschottungsgeheimnis gegen den Wohnungsbau im eigenen Umfeld, der Planungen erheblich verzögert.

> Sie plädieren für eine Politik der Armutsprävention. Was bedeutet das?

Präventiv wirken kann vorrangig das Bildungs- und Ausbildungssystem. Deutlich wird es an einem konkreten Beispiel im Kontrast zur Chancengleichheit: Diese akzeptiert letztlich, dass ein Kind aus gefestigten Verhältnissen der oberen

Mitte im Elternhaus bessere Kompetenzen entwickeln konnte und dadurch auch bessere Leistungen in der Schule erbringt, als ein Kind aus prekären Verhältnissen und relativer Armut. Die Befähigungsgerechtigkeit ist weit umfassender: Staat und Zivilgesellschaft müssen sich darum sorgen, wie auch das Kind aus prekären Verhältnissen in die Lage versetzt wird, seine Potenziale zu entfalten. Was tun wir also, um den erwiesenermaßen engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg zu lockern? Wir sollten den Sozialstaat konsequent auf diese Befähigungsgerechtigkeit ausrichten – nicht nur für Kinder, sondern für alle.

> Das wird aber seine Zeit brauchen. Natürlich wirkt das nicht kurzfristig. Also sind materielle Hilfen unverzichtbar. Wir brauchen sowohl einen umverteilenden als auch einen befähigenden Sozialstaat. Auch das an sich gut ausgebaut Netz der sozialen Hilfen könnte noch besser auf Prävention ausgerichtet werden.

> Laut Umfragen haben die Deutschen große Angst vor der Zukunft. Viele glauben, dass es rasant bergab geht. Dazu kommt noch die Befürchtung, dass die Flüchtlinge ihren Teil dazu beitragen. Was haben Sie dem entgegenzusetzen?

Die Stimmungen sind gemischt. Viele, die selbst sagen, es ginge ihnen gut, glauben aber, dem ganzen Land geht es schlecht. Genau diese Niedergangsstimmung ist das Problem. Wie soll es denn werden, wenn wir mal wieder eine Rezession zu verkraften haben? Wenn wir ein wirtschaftlich produktives Land in sozialer Stabilität bleiben, können wir die Herausforderungen bewältigen.

ZUR PERSON

Prof. Dr. Georg Cremer (66) gilt als einer der großen Experten, wenn es um das Thema Armut geht. Der Volkswirt war von 2000 bis 2017 Generalsekretär des größten deutschen Sozialverbandes, der Caritas, mit fast 600 000 Mitarbeitern. Im Vorstand kümmerte er



sich um Sozialpolitik und bei Caritas International war er zuständig für Katastrophenhilfe in Asien und für soziale Programme in Osteuropa. Von der Politik erwartet Cremer nicht den „großen Wurf“, aber viele kleine, konkrete Schritte, um den Sozialstaat an aktuelle Erfordernisse anzupassen. Mitte Oktober erscheint sein neues Buch „Deutschland ist gerechter als wir meinen“ im C.H. Beck-Verlag.